

RUMÄNIEN

Gewerkschaftsmonitor

Juli 2023

**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG

POLITISCHE, WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE RAHMENBEDINGUNGEN

POLITISCHE ENTWICKLUNG

Nach einer zwei Monate währenden Regierungskrise wurde im November 2021 eine Regierungskoalition aus drei Parteien gebildet (der linksgerichteten sozialdemokratischen PSD, der rechten nationalliberalen Partei PNL und der ungarischen Minderheitenpartei UDMR). Trotz der ideologischen Unterschiede konnte die neue Koalition das ganze Jahr 2022 hindurch für politische Stabilität sorgen. Zwar kam es zwischen den beiden größeren Parteien der Koalition, der PSD und der PNL, immer wieder zu Spannungen, die aber nie eskalierten, weil in der nach dem russischen Angriff auf die Ukraine veränderten Sicherheitslage in der Region eine stabile Regierung als Gebot der Stunde galt.

In effizienter Zusammenarbeit gelang es den Koalitionsparteien, mit dem plötzlichen Zustrom ukrainischer Flüchtlinge umzugehen. Seit Beginn der russischen Invasion bis Ende 2022 waren über 3 Mio. ukrainische Flüchtlinge nach Rumänien gekommen, von denen 107 241 im Land blieben. In einer ersten Phase musste auf den Notfall insgesamt reagiert werden und in einer zweiten Phase ging es um den Schutz und die Integration der ukrainischen Flüchtlinge, die im Land blieben. Um für ihre Bedürfnisse sorgen zu können, wurden über 20 Gesetze verabschiedet. Aus dem öffentlichen Haushalt wurden über 106 Mio. Euro für Unterbringung und Lebensmittel ausgegeben und weitere 12 Mio. für den Transport. Die Hauptprobleme sind die Integration der Geflüchteten in den Arbeitsmarkt, Betreuungsleistungen für ältere und behinderte Menschen sowie die Eingliederung der ukrainischen Kinder ins Schulwesen.

Die neuen sozialen und wirtschaftlichen Entwicklungen, wie die hohe Inflation und die steigenden Energiepreise, stellten die neue Regierung vor ernsthafte Herausforderungen. Ihr drohte ein schneller Vertrauensverlust in der Bevölkerung. Das führte zu schwelenden Spannungen zwischen den großen Koalitionsparteien PSD und PNL, die immer wieder zum Vorschein kamen. In den ersten Monaten des Jahres 2022

drängten die Parteien sich gegenseitig, effektive Lösungen für die Energiekrise zu finden. Die Sozialdemokraten schoben den Liberalen die Verantwortung zu, da diese den Energieminister stellten; die Liberalen argumentierten ihrerseits, dass nicht ein einzelner Minister, sondern die gesamte Regierung für eine Lösung verantwortlich sei. Letztlich einigten sich die beiden Parteien darauf, das bereits 2021 eingeführte Hilfsprogramm zur Deckelung der Strompreise bis August 2023 weiterlaufen zu lassen.

Im Herbst kam es erneut zu einem Streit innerhalb der Regierungskoalition über den Vorschlag der Sozialdemokraten, ab Januar 2023 die Mindestlöhne und die Renten zu erhöhen. Zwar sprachen sich beide Parteien für eine Rentenerhöhung aus, aber die PNL schlug eine einheitliche Erhöhung von 15 Prozent vor, während die PSD auf einer 10-prozentigen Erhöhung für alle nebst einer Mehrzahlung für Menschen mit niedrigen Renten beharrte. Letztlich einigten sich die Parteien auf eine einheitliche Erhöhung von 12,5 Prozent und eine Beihilfe für Personen mit einer niedrigen Rente.

Mehrere von den Sozialdemokraten vorgeschlagene Steueränderungen wie eine Vermögensteuer, eine progressive Einkommensteuer u. a. lösten heftige Proteste bei den Liberalen aus und wurden nicht umgesetzt.

Mehreren Umfragen zufolge verloren die PSD und die PNL nach einem Jahr im Amt Prozentpunkte in der Wähler*innengunst, während die rechtsextreme AUR an Unterstützung zulegen konnte. Diese Ergebnisse sind vor dem Hintergrund zu sehen, dass 59 Prozent aller Rumän*innen angeben, ihre finanzielle Situation habe sich gegenüber dem Vorjahr verschlechtert, und 55 Prozent erwarten, dass sie sich zukünftig noch verschlimmern wird.

WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE LAGE

Die Erholung der rumänischen Wirtschaft von den Auswirkungen der Pandemie setzte sich auch im Jahr 2022 fort, aber der russische Angriff auf die Ukraine verlangsamte den

Prozess, weil er Unsicherheiten und Risiken für die Wirtschaftstätigkeit mit sich brachte. Glücklicherweise hatte dies kaum Folgen für den Arbeitsmarkt – sowohl die Beschäftigungsrate (63,4 Prozent) als auch die Arbeitslosenquote (5,4 Prozent) blieben im Vergleich zu 2021 unverändert. Obwohl das Wirtschaftswachstum mit 4,8 Prozent eines der höchsten in der EU war und Rumänien wirtschaftlich weit besser dasteht, als Anfang des Jahres erwartet, fällt das Wachstum geringer aus als im Vorjahr (5,8 Prozent). Der größte Unterschied gegenüber 2021 war, dass die Wachstumsstruktur zwischen Konsum und Investitionen erheblich zugunsten letzterer ins Gleichgewicht kam.

Die Inflationsrate erreichte 2022 die Rekordhöhe von 15,69 Prozent und traf die Bevölkerung mit negativen Folgen für die Kaufkraft und den Lebensstandard am härtesten. Für Lebensmittel war die Inflationsrate höher, vor allem für einige Grundnahrungsmittel wie Kartoffeln (39 Prozent), Speiseöl (40 Prozent) oder Zucker (60 Prozent). Strom- und Gaspreise erhöhten sich um 41 Prozent bzw. 47 Prozent.

Die Lohnentwicklung hielt nicht Schritt mit der Inflation. Zwar stieg der durchschnittliche Nominallohn um 13,6 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum, aber der Reallohnindex lag nur bei 97,3 Prozent des Vorjahresniveaus. Vor diesem Hintergrund ergriff die Regierung einige Maßnahmen, die darauf abzielten, die Kaufkraft der Bevölkerung zu erhalten und eine Prekarisierung gefährdeter Bevölkerungsgruppen zu verhindern. Nach Indexierung der durchschnittlichen Inflationsrate in den sogenannten Sozialen Referenzindikator (Indicatorul Social de Referință, ISR) wurden ab März 2023 alle Sozialleistungen erhöht. Der Wert des ISR ist seit 2008 unverändert. Bis zu einer festgelegten Höhe des Verbrauchs wurden seit November 2021 die Energiepreise für Privathaushalte, Kleinbetriebe, Schulen und Krankenhäuser gedeckelt. Diese Maßnahme wurde im März 2022 und nochmals im November 2022 verlängert und gilt nun bis August 2023.

Im April 2022 legte die Regierung ein Hilfsprogramm mit dem Namen »Unterstützung für Rumänien« auf, ein Paket mit sozialen und wirtschaftlichen Maßnahmen im Wert von etwa 3,5 Mrd. Euro (1,3 Prozent des BIP). Mit diesem Paket werden Unternehmen, die vom Ukraine-Krieg betroffen sind, staatliche Zuschüsse gezahlt. Menschen mit niedrigem Einkommen erhalten alle zwei Monate Gutscheine für Grundnahrungsmittel im Wert von 50 Euro. Auch Studierende, die Studienbeihilfen erhalten, wird während des Semesters monatlich ein Gutschein in Höhe von 30 Euro bewilligt.

Trotz des höheren Bedarfs an öffentlichen Ausgaben gab Rumänien im Jahr 2022 nicht mehr als 5,68 Prozent des BIP aus, was unter der Schätzung im letzten Haushaltsplan und einen Prozentpunkt unter den verbuchten Ausgaben von 2021 lag. Das ist darauf zurückzuführen, dass die Haushaltseinnahmen nominal um 21 Prozent über denen des Vorjahres lagen. Dennoch ist Rumänien nach wie vor eines der EU-Länder mit den niedrigsten Staatseinnahmen.

GEWERKSCHAFTSPOLITISCHER KONTEXT

Die Anzahl der auf nationaler Ebene organisierten Gewerkschaften änderte sich gegenüber 2021 nicht und es gab auch keine wesentlichen Veränderungen bei der Struktur und Anzahl der Branchenverbände.

Wie schon in den Vorjahren zeichnete sich der soziale Dialog durch ein niedriges Niveau an Tarifverhandlungen aus, insbesondere auf Branchenebene. Nach wie vor konzentrieren sich die Tarifverhandlungen auf die Betriebsebene: In den ersten neun Monaten 2022 wurden insgesamt 5344 Tarifabschlüsse auf Unternehmensebene erzielt und damit mehr als 2021 (3690). Dieser positive Trend ist darauf zurückzuführen, dass nach dem Ende des Alarmzustands im März 2021 die Tarifverhandlungen wieder aufgenommen wurden. Insgesamt wurden 2022 elf Tarifabkommen auf Verbandsebene abgeschlossen – fast dreimal so viele wie 2021 (4). Einer der wichtigsten war der Abschluss für etwa 22000 Beschäftigte aus neun großen Unternehmen im Banken- und Versicherungswesen. Dieser Tarifvertrag wurde zwischen dem rumänischen Arbeitgeberverband für Finanzdienstleister und der Banken- und Versicherungsgewerkschaft (Federăția Sindicatelor din Asigurări și Bănci – FSAB) abgeschlossen.

Auf Branchenebene wurde 2022 überhaupt kein Tarifvertrag abgeschlossen, was auf ein systemisches Problem auf dieser Verhandlungsebene schließen lässt, das bereits seit 2011 besteht, als die Gesetzgebung zum sozialen Dialog geändert und neue Bedingungen für Verhandlungen vorgeschrieben wurden.

Aber nach wiederholten Bemühungen der Gewerkschaften, die Gesetzgebung zum sozialen Dialog wieder zu verändern, um Möglichkeit von Tarifverhandlungen und die Arbeitnehmer*innenrechte zu stärken, verabschiedete das rumänische Parlament Ende 2022 ein neues Gesetz zum sozialen Dialog, das am 25. Dezember in Kraft trat. Mit diesem Gesetz (367/2022) entschied sich die Regierung ausdrücklich, das Gesetz zum sozialen Dialog mit der Nummer 62/2011 aufzuheben, das seit seiner Verabschiedung 2011 immer wieder von den Gewerkschaften kritisiert worden war.

Das neue Gesetz brachte einige Veränderungen: Die Mindestzahl an Beschäftigten für die Gründung einer gewerkschaftlichen Vertretung im Betrieb wurde von 15 auf 10 herabgesetzt. Die Repräsentativitätsschwelle wurde für Betriebsgewerkschaften von 50 Prozent auf 30 Prozent und für Branchengewerkschaften von 7 Prozent auf 5 Prozent reduziert. Tarifverhandlungen auf nationaler Ebene, die 2011 abgeschafft worden waren, wurden wieder eingeführt und es besteht die Pflicht zu Tarifverhandlungen auf Betriebs- und Branchenebene. Mit dem neuen Gesetz wird auch die Definition von kollektiven Arbeitskämpfen verändert und das Recht ausgeweitet, während der Laufzeit eines Tarifvertrags Arbeitskämpfe zu initiieren. Ein weiteres Merkmal der neuen Bestimmungen ist, dass repräsentative Gewerkschaftsbünde und Dachverbände zu Streiks gegen die Sozial- und Wirtschaftspolitik der Regierung aufrufen

können. Im Gesetz mit der Nummer 367/2022 wurden auch zusätzliche Informationspflichten gegenüber Beschäftigten festgelegt.

Es wird erwartet, dass mit dem Gesetz der soziale Dialog und die Tarifbindung zunimmt, aber es bleibt abzuwarten, inwieweit sich das wirklich realisiert.

GEWERKSCHAFTEN IN RUMÄNIEN – DATEN UND FAKTEN

HISTORISCHE ASPEKTE

Gewerkschaften waren zwar auch vor 1989 gesetzlich zugelassen, aber die meisten waren nichts weiter als ein Anhängsel der Rumänischen Kommunistischen Partei. Die rumänischen Gewerkschaften, wie wir sie heute kennen, entstanden erst nach 1990, als die kommunistische Allgemeine Union der Rumänischen Gewerkschaften (Uniunea Generală a Sindicatelor din România, UGSR) im Dezember 1990 aufgelöst wurde. Die fünf heute bestehenden, auf nationaler Ebene wirkenden Gewerkschaftsdachverbände wurden in den folgenden Jahren gegründet, wobei die Geschichte der Gewerkschaften zu Beginn der 1990er-Jahre durch viele Spaltungen und Zusammenschlüsse geprägt ist. Der Nationale Gewerkschaftsbund Cartel Alfa (Confederația Națională Sindicală 'Cartel Alfa', CNS Cartel Alfa) wurde 1990 gegründet, der Nationale Gewerkschaftsblock (Blocul National Sindical, BNS) 1991, der Nationale Verband der rumänischen Gewerkschaften »Bruderschaft« (Confederația Națională a Sindicatelor Libere din România Frăția CNSLR Frăția) 1993 sowie der Nationale Gewerkschaftsbund »Meridian« (Confederația Sindicală Națională Meridian, CNS-Meridian) und der Demokratische Gewerkschaftsbund (Confederația Sindicatelor Democratice din România, CSDR) 1994.

Wie die Gewerkschaften in vielen mittel- und osteuropäischen Ländern zeichneten sich auch die rumänischen Gewerkschaften nach 1990 vor allem durch den ständigen Rückgang ihrer Mitgliederzahlen aus – der Organisationsgrad der einstigen »Transmissionsriemen zwischen Partei und Gesellschaft« sank von über 90 Prozent zu Beginn der 1990er-Jahre auf gegenwärtig 23 Prozent. Zu den Hauptgründen für den Mitgliederschwund gehören die umfangreiche De-Industrialisierung seit den 1990er Jahren, die strukturellen Veränderungen, die mit dem Übergang von einer Planwirtschaft zu einer Marktwirtschaft einhergehen, zahlreiche Privatisierungen von früheren Staatsbetrieben und die Legitimationskrise der Gewerkschaften. Aber trotz der sinkenden Mitgliederzahlen konnten die Gewerkschaften vor der Weltwirtschaftskrise von 2008 ihren Einfluss bewahren – ihre Unterstützung für schrittweise Wirtschaftsreformen in den 1990er- und 2000er-Jahren sowie die Verbindung zwischen Gewerkschaften und Parteien ermöglichten es ihnen vor 2008, maßgeblich an der Schaffung einer der arbeitnehmer*innenfreundlichsten Gesetzgebungen in der Region mitzuwirken. Die allmähliche Aushöhlung des gewerkschaftlichen Einflusses seit Ende der 2000er-Jahre gipfelte in der Reform der Gesetze zum Arbeitsrecht und über den sozialen Dialog im Jahr

2011, die zu einer Flexibilisierung der Arbeitsbeziehungen und einer Verschlechterung des sozialen Dialogs führten. Erst Ende 2022 wurde dieses wieder aufgehoben.

GEWERKSCHAFTSLANDSCHAFT

Die fünf repräsentativen nationalen Gewerkschaftsverbände unterscheiden sich nicht allzu sehr in ihren Anschauungen, in den ihnen angeschlossenen Branchen oder in ihrer Zusammensetzung. Trotz der radikalen Reform des Gesetzes über den sozialen Dialog von 2011, mit der die Tarifverhandlungen auf nationaler Ebene abgeschafft und die Gewerkschaftsverbände damit ihrer wichtigsten Rolle beraubt wurden, blieb die Struktur der Dachorganisationen weitgehend unverändert. Zusammen haben die fünf nationalen repräsentativen Gewerkschaftsbünde 1 339 312 Mitglieder (ein Organisationsgrad von etwa 23 Prozent). Diese Zahl hat sich über das letzte Jahrzehnt kaum verändert, was zeigt, dass die Gewerkschaftsdichte seit 2011 nicht weiter zurückgegangen ist.

Die Gewerkschaftslandschaft hat sich jedoch auf Sektorebene erheblich verändert, was sowohl auf die Umstrukturierung der Wirtschaft in den 1990er- und 2000er-Jahren als auch auf die Reformen des Gesetzes über den sozialen Dialog von 2011 zurückzuführen ist. Im Jahr 2002 lag der Organisationsgrad in der Fertigungsindustrie bei über 75 Prozent und in der Lebensmittelindustrie bei rund 50 Prozent, während er in der Metallindustrie mit 83 Prozent am höchsten war. Heute ist die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder im öffentlichen Sektor am höchsten, vor allem im Gesundheitswesen und der medizinischen Betreuung (die Gewerkschaft Sanitas hat 84 000 Mitglieder) sowie im Bildungswesen (die Gewerkschaftsverbände Federația Sindicatelor din Invatamant Spiru Haret mit 66 000 Mitgliedern und die Federația Sindicatelor Libere din Învățământ mit 162 000 Mitgliedern). Die Gewerkschaften im öffentlichen Sektor (Gesundheit und Bildung) sind auch die einzigen, die nach der Gesetzesreform von 2011 noch Branchentarifverträge abschlossen.

Aus den neuesten zur Verfügung stehenden Daten zu gewerkschaftlicher Vertretung auf Sektorebene (2014) geht hervor, dass in 21 (von insgesamt 29) Wirtschaftssektoren repräsentative Gewerkschaftsbünde existierten. Die acht Sektoren ohne repräsentative Gewerkschaften sind die Textilindustrie, die Holzverarbeitung, das Postwesen, der Handel, die Bauindustrie und das Baugewerbe, der Tourismus, Unterstützungs- und Beratungsdienste, Sportaktivitäten und Glücksspiele. Bemerkenswert ist, dass in zwei dieser Sektoren, Handel und Textilindustrie, zusammen fast eine Million Beschäftigte arbeiten und sie zu den Sektoren mit den niedrigsten Löhnen in Rumänien gehören.

Nach den Änderungen des Gesetzes über den sozialen Dialog vom Dezember 2022 sind Gründungen von Betriebsgewerkschaften jetzt schon bei einer Mindestzahl von 10 (statt zuvor 15) Beschäftigten im selben Betrieb oder in derselben Branche möglich, während Tarifverhandlungen nun in Betrieben ab 10 (statt 21) Beschäftigten gesetzlich vorgeschrieben sind. Es wird erwartet, dass diese Änderungen zu einer höhe-

Tabelle 1

Die wichtigsten gewerkschaftlichen Dachverbände in Rumänien

Dachverband	Vorsitz / stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Confederația Națională Sindicală »Cartel Alfa«, CNS Cartel Alfa (Nationaler Gewerkschaftsbund »Cartel Alfa«)	Vorsitz: Bogdan Hossu Stv. Vorsitz: Liviu Apostoiu	258 099 (2019)	EGB, IGB
Confederația Națională a Sindicatelor Libere din România Frăția, CNSLRF Fratia (Rumänischer Nationaler Gewerkschaftsbund Frăția)	Vorsitz: Sorin Barascu Stv. Vorsitz: Florin Bercea	304 842 (2020)	EGB, IGB
Blocul Național Sindical, BNS (Nationaler Gewerkschaftsblock)	Vorsitz: Dumitru Costin Stv. Vorsitz: Victor Florescu	259 428 (2019)	EGB, IGB
Confederația Sindicală Națională Meridian, CNS Meridian (Nationaler Gewerkschaftsbund Meridian)	Vorsitz: Ion Popescu Stv. Vorsitz: Gabriel Rodrigo Maxim	254 280 (2020)	CESI
Confederația Sindicatelor Democratice din România, CSDR (Bund der demokratischen Gewerkschaften Rumäniens)	Vorsitz: Iacob Baciu	262 663 (2020)	EGB, IGB

Tabelle 2

Die wichtigsten Branchenverbände bzw. Einzelgewerkschaften in Rumänien

Branchenverband / Gewerkschaft	Dachverband	Vorsitz / stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Federatia Sindicatelor Libere din Invatamant, FSLI (Föderation der freien Gewerkschaften im Bildungswesen)	CSDR	Vorsitz: Simion Hăncescu Stv. Vorsitz: Cornelia Popa-Stavari	149 170 (2021)	ETUCE, EI
Federatia Sanitas (Gesundheitsgewerkschaft)	CNSLR Fratia	Vorsitz: Leonard Barascu Stv. Vorsitz: Iulian Pope	84 490 (2020)	EPSU, PSI
Federația Sindicatelor Independente Spiru Haret (Verband unabhängiger Gewerkschaften)	CNSLR Fratia	Vorsitz: Marius Ovidiu Nistor Stv. Vorsitz: Maria Popa	70 298 (2022)	ETUCE, EI
Federația Națională a Sindicatelor din Agricoltura, Alimentație, Tutun, Domenii și Servicii Conexe »AGROSTAR«, Federația AGROSTAR (Gewerkschaftsverband für Landwirtschaft, Ernährung, Tabak, und Dienstleistungen)	BNS	Vorsitz: Ștefan Niculae Generalsekretär: Neata Toader Imparatu	10 921 (2020)	EFFAT, IUFB
Sindicatul Național al Politistilor și Personalului Contractual din Romania (Nationale Union der Polizist*innen und des Vertragspersonals)	CNS Cartel Alfa	Vorsitz: Marius Ionescu Generalsekretär: Neculae Isache	28 847 (2022)	EPU
Federația Sindicală IndustriAll BNS (Gewerkschaftsbund IndustriAll BNS)	BNS	–	32 500 (2020)	IndustriAll
Federația »Solidaritatea Sanitară« din România (Gewerkschaftsbund für Beschäftigte im Gesundheitswesen)	CNS Cartel Alfa	Vorsitz: Viorel Rotilă	19 205 (2021)	Eurofedop, CESI
Federația Sindicatelor »Gaz România« (Gewerkschaftsbund »Gas Rumänien«)	CNSLR Fratia	Vorsitz: Eugen Luha Stv. Vorsitz: Cătălin Musoi	18 042 (2020)	EPSU, PSI
Federația Națională Sindicală »Alma Mater« (Gewerkschaftsbund Alma Mater)	CNS Cartel Alfa	Vorsitz: Anton Hadar Stv. Vorsitz: Mihai Butu	17 551 (2021)	ETUCE, EI
Federația Sindicatelor din Asigurari si Banci (Versicherungs- und Bankengewerkschaft)	CNS Cartel Alfa	Vorsitz: Constantin Paraschiv	13 000 (2019)	UNI Europa, UNI
Federatia Nationala Feroviara Miscare/ Comercial Vagoane (Eisenbahngewerkschaft)	BNS	Vorsitz: Grigore Mare	21 862 (2019)	–

ren Tarifbindung führen, wenn diese gesetzlichen Vorschriften an die Realitäten der Wirtschaftsstruktur angepasst werden. Daten belegen, dass im Jahr 2022 nur 40473 von insgesamt über 1,1 Mio. Betrieben mehr als 21 Beschäftigte hatten.

ARBEITSBEDINGUNGEN DER GEWERKSCHAFTEN

Die rumänische Verfassung garantiert die Vereinigungsfreiheit. Allerdings beschränkte die rumänische Gesetzgebung zwischen 2011 und 2022 das Recht, einer Gewerkschaft beizutreten, auf Beschäftigte mit einem Einzelarbeitsvertrag. Mit der Gesetzesänderung von 2022 weitet sich dieses Recht auch auf unabhängig Beschäftigte wie etwa Selbstständige aus. Das im Dezember 2022 verabschiedete Gesetz über den sozialen Dialog (Gesetz 367/2022) schreibt vor, dass eine Betriebsgewerkschaft ab einer Mindestzahl von 10 Beschäftigten im selben Betrieb oder in derselben Branche gegründet werden kann. In der bis Dezember 2022 geltenden Gesetzgebung galt für die Gründung einer Gewerkschaft noch die Mindestzahl von 15 Beschäftigten im selben Betrieb. Die rumänischen Gewerkschaften hatten immer wieder angeprangert, dass diese Verordnung eine Einschränkung der Vereinigungsfreiheit darstelle, und fordert, dass die für eine Gewerkschaftsgründung erforderliche Mindestzahl an Beschäftigten gesenkt werden müsse, um die Struktur der rumänischen Wirtschaft widerzuspiegeln, in der Kleinstbetriebe vorherrschend sind. In ihrem technischen Memorandum vom Januar 2011 hatte auch die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) die Bestimmungen des damals eingeführten Gesetzes kritisiert, weil sie gegen die internationalen Kernarbeitsnormen verstießen. Die Änderungen des Gesetzes über den sozialen Dialog waren Teil von Rumäniens Aufbau- und Resilienzplan (ARP), der unter anderem eine Reihe sozialer Reformen mit einem geschätzten Budget von 196,74 Mio. Euro vorsah.

GEWERKSCHAFTEN UND IHRE KERNAUFGABEN

Mit dem Gesetz über den sozialen Dialog 62/2011 wurden die Tarifverhandlungen auf nationaler Ebene abgeschafft, mit denen jedes Jahr ein für alle Beschäftigten geltender nationaler Tarifvertrag abgeschlossen worden war. Durch die Gesetzesreform wandelte sich das rumänische System der Tarifverhandlungen von einem zentralisierten zu einem dezentralisierten, bei dem die meisten Tarifverhandlungen auf betrieblicher Ebene stattfinden. Die im Dezember 2022 in Kraft getretene Gesetzesänderung führt zwar die Tarifverhandlungen auf nationaler Ebene wieder ein, aber das Gesetz schreibt vor, dass sie nicht – wie bis 2011 üblich – Klauseln über nationale Mindestlöhne enthalten dürfen. Stattdessen können sie Mindestlohnkoeffizienten nach Berufsstandards enthalten.

Gemäß dem seit Dezember 2022 geltenden Gesetz über den sozialen Dialog sind für Betriebe mit mindestens 10 Beschäftigten Tarifverhandlungen auf betrieblicher Ebene gesetzlich vorgeschrieben. Um an Tarifverhandlungen auf Betriebsebene mitwirken zu können, muss eine Gewerkschaft »reprä-

sentativ« sein (d. h. mindestens 35 Prozent + 1 der Beschäftigten müssen der Gewerkschaft angehören).

Das neue Gesetz schreibt auch Tarifverhandlungen auf Branchenebene vor. Sowohl der Arbeitgeber als auch die Beschäftigten können die Initiative ergreifen und Tarifverhandlungen auf den Weg bringen – im Gegensatz zum vorhergehenden Gesetz, in dem dieses Recht den Arbeitgebern vorbehalten war. Tarifverhandlungen auf Branchenebene sind von der Repräsentativität der Sozialpartner abhängig: Die Gewerkschaften müssen mindestens 5 Prozent und die Arbeitgeberverbände mindestens 10 Prozent der Beschäftigten in der betreffenden Branche vertreten, um als repräsentativ zu gelten.

Das neue Gesetz über den sozialen Dialog wurde mit dem Ziel verabschiedet, die Tarifbindung, die durch das Gesetz von 2011 eingeschränkt worden war, wieder zu erhöhen. Die 2011 eingeführten Bestimmungen hatten in den Folgejahren zu einem drastischen Rückgang bei der Zahl der Tarifvereinbarungen geführt. Seit der Gesetzesreform von 2011 waren das öffentliche Gesundheits- und das voruniversitäre Bildungswesen die einzigen Sektoren, in denen Branchentarifverträge abgeschlossen wurden. Die Abschaffung der Tarifverhandlungen auf nationaler Ebene und der Rückgang von Tarifverträgen auf Branchenebene hatten und haben negative Auswirkungen auf die auf Betriebsebene ausgehandelten Löhne und Arbeitsbedingungen, denn die auf höherer Ebene ausgehandelten Vereinbarungen galten immer auch für die unteren Verhandlungsebenen.

GEWERKSCHAFTEN UND IHR (POLITISCHES) GEWICHT

Zu Beginn der 1990er- und 2000er-Jahre war es den Gewerkschaften aufgrund ihrer Parteibindungen möglich, maßgeblich an der Schaffung einer der arbeitnehmer*innenfreundlichsten Gesetzgebungen in der Region mitzuwirken. Die Strategie der Gewerkschaften, sich zur Erreichung ihrer Ziele auf das soziale und politische Kapital der Gewerkschaftsführungen zu verlassen, schwächte die Bindungen zu Einzelmitgliedern und/oder angeschlossenen Organisationen. Mit der Zeit führte dies zu Legitimationsproblemen, sinkenden Mitgliederzahlen und schwacher Mobilisierungsfähigkeit. Der Verlust an innerer Legitimation und die organisatorische Schwäche haben das politische Kapital der Gewerkschaften allmählich ausgehöhlt. Das hatte zur Folge, dass die Gewerkschaften nicht in der Lage waren, Widerstand gegen die von der Regierung angekündigten Struktur-reformen zu leisten, die unter anderem eine Veränderung der Arbeits- und Sozialgesetzgebung beinhalteten. Die Versuche der Gewerkschaften, Proteste zu organisieren, offenbarten ihre schwache interne Mobilisierungsfähigkeit, was die Bemühungen der Gewerkschaftsführungen unterminierte, politischen Druck auszuüben. Im Dezember 2022 wurde die Gesetzgebung über den sozialen Dialog nach wiederholten Bemühungen schließlich doch geändert.

Auch wenn die Gewerkschaften weiterhin an trilateralen Gremien und parlamentarischen Debatten zur relevanten

Gesetzgebung teilnehmen, ist ihre Einflussmöglichkeit auf die Gesetzgebungsverfahren eher gering.

Die internen Schwächen gehen mit einem Legitimationsverlust und einem geringen öffentlichen Vertrauen einher. Korruptionsfälle und die Aufdeckung von Vermögenswerten der Gewerkschaften durch die Medien haben die negativen Einstellungen der Öffentlichkeit gegenüber den Gewerkschaften weiter verstärkt.

In den letzten Jahren haben sich die Gewerkschaften darauf konzentriert, die rechtlichen Rahmenbedingungen zu verändern, die dem sozialen Dialog zugrunde liegen. Das war zwar ein entscheidender Aspekt für eine Verbesserung des sozialen Dialogs, aber die Gewerkschaften müssen ihren Fokus auch auf ihre eigenen strukturellen Probleme richten sowie gleichzeitig interne Reformen vorantreiben und neue Bündnisse schließen, die ihre Legitimation und ihr öffentliches Image aufbessern könnten.

Victoria Stoiciu, Programmkoordinatorin im Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Rumänien, Bukarest

KONTAKT

Friedrich-Ebert-Stiftung | Globale und Europäische Politik | Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin

Verantwortlich:

Dr. Marc Meinardus

Gewerkschaftsprogramme Europa und Nordamerika

marc.meinardus@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.